

Kassel, 04.10.2010

## **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung**

### **Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.16.1858 -

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Arbeitsförderung Kassel darauf hinzuwirken, die Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler aus Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II als besonderen Bedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II zu prüfen, wenn eine Übernahme der Kosten nach dem Hessischen Schulgesetz nicht (mehr) vorgesehen ist.
2. Der Magistrat wird gebeten, auf die hessische Landesregierung mit dem Ziel einzuwirken, eine entsprechende Initiative im Bundesrat im Zusammenhang mit der Neuregelung der Regelleistungen zu ergreifen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU

den

### **Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr.  
Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern, 101.16.1858, wird  
**zugestimmt.**

Hendrik Jordan  
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk  
Schriftführerin